

# ANSICHTSSACHE



## Mitbestimmen | Mitgestalten

Dossier: Was lernen wir aus Corona für unsere Demokratie?

Seite 4/5

WAHL-SPEZIAL Parteiprogramme im Vergleich: Was ausgewählte Parteien versprechen Seite 8/9

Pro & Contra: Wählen schon ab 16?

Seite 16/17

„Wir engagieren uns dafür, es jedem Menschen zu ermöglichen, Gestalter\*innen seines\*ihres Lebens zu sein und in der Mitte der Gesellschaft zu leben.“ Michael Heinisch-Kirch, Vorstandsvorsitzender der SozDia



**SOZDIA STIFTUNG BERLIN**  
*Gemeinsam Leben Gestalten*



Wir, die SozDia Stiftung Berlin, sind eine sozialdiakonische Trägerin aus Berlin und unser Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich der Kinder-, Jugend-, Familien und Gemeinwesenarbeit sowie in der Wohnungsnotfallhilfe und Sozialpsychiatrischen Assistenz. In unseren fast 50 Einrichtungen engagieren sich rund 550 Mitarbeiter\*innen. Dort begegnen sich täglich mehr als 6.000 Kinder, Jugendliche, Familien und Erwachsene.

So vielfältig wie die Einrichtungen der SozDia sind auch die Menschen, die sie besuchen und die dort arbeiten. Seit 1990 stehen wir für ein offenes und tolerantes Miteinander, leben sozialdiakonische Werte und legen bei all unseren Entscheidungen großen Wert auf Nachhaltigkeit und einen umweltbewussten Umgang mit Ressourcen.

Du willst gemeinsam mit uns Leben in und um Berlin gestalten? Dann komm zu uns ins Team!  
**Wir suchen #Pädagog\*innen, #Erzieher\*innen und #Sozialarbeiter\*innen.**

**EINE STIFTUNG – VIELE ANGEBOTE: WWW.SOZDIA.DE**

- Kindertagesbetreuung ● Schule ● Hilfen zur Erziehung ● Gemeinwesen ● Kinder- und Jugendklubs
- Arbeit & Qualifizierung ● Wohnungsnotfallhilfe ● Sozialpsychiatrische Assistenz

## INHALT

**Editorial**  
3

**Dossier**  
4/5

Was lernen wir aus Corona für unsere Demokratie?

**Ich hab da was zu sagen**  
6/7

Warum ich nicht wählen gehe! Oder doch?

Vorstellung Redaktionsteam der Jugendklubseiten (siehe auch unser Titelfoto)

**Wahl-Spezial**  
8/9

Parteiprogramme im Vergleich:  
Was ausgewählte Parteien versprechen

**Wahl-Spezial**  
10/11

Quiz: Zitate und Steckbriefe von Politiker\*innen zuordnen

**Gemeinsam Demokratie Gestalten**  
12/13

Die Gestaltung von Demokratie in frühkindlicher Bildung – Erfahrungen aus dem Alltag einer Kita

**Bei SozDia vor Ort**  
14/15

**Pro & Contra**  
16/17

Wählen schon ab 16?

**Nachgefragt**  
18/19

»Demokratie ist kein Warteraum« | Chancen der Mitbestimmung: Fragen an Ralf-Uwe Beck

**Neues aus der SozDia**  
20/21

Wohngruppe Queerfeldein: Ein neues Zuhause inmitten einer bunten Gemeinschaft

**Auf ein Wort**  
22/23

»Ich bin ein anderer Mensch«  
Vitali Alekseenok lebt in Deutschland, zu den Demonstrationen ist er nach Minsk gereist

**Im Bild**  
24

Die Ungehörten

## EDITORIAL



**Nina Kirch**  
Prokuristin /  
Strategische Leitung

Liebe Leserinnen  
und liebe Leser,

es ist Sommerzeit! Ein Aufatmen ist überall zu spüren. Die Freude über das Wiedersehen live und in Farbe mit Verwandten und Freund\*innen ist groß. Vieles fühlt sich neu und ungewohnt an. Es scheint, als müssten wir uns erst wieder an die alten und doch so neuen Alltäglichkeiten gewöhnen. Dabei nehmen wir auch eine wichtige Erfahrung mit: Die Pandemie hat gezeigt, wie elementar es ist, auf unsere menschliche Verantwortung mit Rücksicht und Nächstenliebe zu achten.

In diesem Jahr haben wir die Wahl, wohin unser Land und damit auch die Weltgemeinschaft steuert: wir dürfen unsere Stimme erheben. Was das für uns persönlich, aber auch für die Zukunft der Gesellschaft bedeutet, ist Thema dieser Ansichtssache. Warum ich wählen gehe oder auch nicht und welche Möglichkeiten der Mitbestimmung wir haben, wird da gefragt (u.a. auf Seite 16/17 und 18/19).

Ich werde jedenfalls wählen gehen und hoffe, dass das viele ebenso tun – für eine Welt, in der Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung gelebt wird und in der jede\*r einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft hat. Es gibt viel zu tun!

Passend dazu wurde unser Wahl-Spezial in diesem Heft von unseren Kolleg\*innen aus der Jugendarbeit „gekapert“ – sie haben sich unsere Zeitung zu eigen gemacht und laden uns und junge Menschen dazu ein, sich mit Politik zu beschäftigen. Dazu werfen sie für uns einen Blick in die Wahlprogramme der Bundestagsparteien. Sogar ein Rätsel mit tollen Preisen gibt es. Tauchen Sie ein in die Perspektive junger Menschen und lesen Sie, was sie bewegt (ab Seite 6/7).

Viel Spaß bei der Lektüre und kommen Sie gesund und erholt durch den Sommer.

Herzlich  
Ihre Nina Kirch

# „WIR HABEN KEINE ZEIT ZU VERLIEREN“

## Was wir aus Corona für die Demokratie und das Miteinander in unserer Gesellschaft lernen können

**Es ist ein warmer Sommerabend. An der Müritz in Mecklenburg-Vorpommern, wo wir Urlaub machen, tanzen Menschen ausgelassen zu lauter Musik. Nach dem Corona-Lockdown ist das wohl das erste große Fest am Wasser hier. So, wie nach all den Einschränkungen auch anderswo wieder ausgiebig gefeiert wird: in Brandenburg, in Berlin, im ganzen Land.**

Alles überstanden? Alles geht so weiter wie immer? Keiner will in Feierlaune solche Fragen hören. Dabei ist längst klar: Corona hat die Gesellschaft verändert, neue Fragen aufgeworfen. Auch die nach der Zukunft unserer Demokratie. Was haben wir im Blick auf unser demokratisches Miteinander aus der Pandemie gelernt?

Wenn sich der studierte Sozialarbeiter und gelernte Tischler Lars Blümel an die vergangenen Monate erinnert, hat er alles andere als romantische Bilder von warmen Sommerabenden vor Augen. Er denke da an die Demonstrationen der sogenannten Querdenker, an Verschwörungstheorien, an den Versuch, den Reichstag zu stürmen. Das habe ihm Sorge bereitet wie auch die Angriffe auf Politikerinnen und Politiker, auf demokratisch gewählte Volksvertreter.

Lars Blümel ist Einrichtungsleiter der Flexiblen Erziehungshilfen bei der SozDia. Einer Einrichtung, die sich um benachteiligte Jugendliche und Familien kümmert, ihnen wieder Mut und Kraft zum Leben gibt. Für ihn war es wichtig, dass sich die Demokratie als wehrhaft erwiesen hat. „Schließlich war keiner auf all das vorbereitet“, sagt er. Dazu gehört für ihn aber auch, dass Versäumnisse und Grenzen der Politik wie in einem Brennglas deutlich wurden.

Dabei denkt er an die Menschen in seiner Einrichtung. Die viel beschworenen Teilhabegesetze für benachteiligte Kinder, Jugendliche, Familien, aber auch Behinderte haben in der Pandemie nicht gut oder gar nicht funktioniert, ist er überzeugt. Dafür gibt es viele Beispiele. Eines davon sind die digitalen Endgeräte, die plötzlich für alle so lebensnotwendig waren. „Das hat ein Jahr gedauert, bis Familien dann mal beim Jobcenter einen Laptop beantragen durften.“ Da sei der Lockdown schon fast vorbei gewesen und diese Menschen noch mehr an den Abgrund geraten. „Sie sind in der Pandemie noch mehr zu den Verlierern geworden, die sie eh schon waren. Das darf in einer Demokratie nicht passieren.“

Die sollte sich für Minderheiten viel mehr einsetzen“, sagt der 48-jährige Familienvater. Aber auch das hat er beobachtet: die Menschen sind aktiv geworden, zu den Ämtern gegangen und haben nicht auf Segnungen von oben gewartet. Lars Blümel nennt das „Widerständigkeit“, die er als überlebenswichtig und für die Zukunft der Demokratie so wichtig ansieht.

Er wünscht sich darum auch, dass der Stellenwert der sozialen Arbeit viel mehr Beachtung findet, als das vor der Pandemie, geschweige denn auf ihrem Höhepunkt der Fall war. „Wir haben zu Recht über Intensivmediziner, Pflegekräfte, die Kassiererin im Supermarkt gesprochen“, sagt er. Die soziale Arbeit für benachteiligte Menschen sei im öffentlichen Diskurs hingegen nicht aufgetaucht. Sie müsse stärker in den Fokus rücken, das sei für das Miteinander wichtig. Schließlich gehe es bei der Sozialarbeit auch um Grundwerte der Demokratie wie Solidarität, Gemeinschaft und Eigenverantwortung. „Werte, die die Gemeinschaft mit Leben füllen“, sagt Lars Blümel.

„Wenn uns die Pandemie etwas gezeigt hat“, sagt Nina Kirch von der SozDia-Geschäftsleitung, „dann war es doch, dass



Kiezfest SozDia: Gemeinsam feiern wieder möglich, aber was sind die Lehren aus Corona?

wir alle erfahren haben, wie elementar es ist, auf unsere menschliche Verantwortung mit Rücksicht und Nächstenliebe zu achten.“ In der SozDia, aber auch weit darüber hinaus haben das Menschen in dieser nicht einfachen Zeit vorgelebt, ist sie überzeugt. Sie wünschte sich aber auch aus der Pandemie die Erkenntnis, dass Fachkräfte der unterschiedlichen Berufe viel stärker als bisher zusammenarbeiten müssten. „Und zwar auf Augenhöhe“, wie die 40-jährige studierte Sozialarbeiterin betont. SozDia-Chef Michael Heinisch-Kirch erinnert in diesem Zusammenhang an die wiederholte Forderung der sozialdiakonischen Stiftung, Sozialarbeiter\*innen in Kitas einzusetzen, damit Kinder und Eltern weitere Ansprechpartner\*innen haben und das dortige Personal gerade in Krisenzeiten entlastet wird.

Sorge bereitet ihm auch das durch die Pandemie extrem beschleunigte Auseinanderdriften unserer Gesellschaft: in arm und reich, in Familien mit Kindern und Alleinstehende, in Hartz IV-Empfänger und die, die auf solche Hilfe nicht angewiesen sind. Kritisch sieht er vor allem, dass beim Gesundheitsschutz der Bevölkerung das Engagement für Kinder und Jugendliche

schlichtweg hinten runtergefallen ist. „Es gibt noch nicht mal einen verlässlichen Plan, wie eine stabile Vollzeit-Beschulung oder Vollzeit-Kita-Besuch in der zweiten Hälfte dieses Jahres aussehen kann und die Desaster des letzten Jahres zwischen Notbetreuung, Wechselunterricht bis hin zu kompletten Einrichtungsschließungen künftig ausgeschlossen werden.“

Impulse, die es schon vor der Pandemie gab, müssten nun viel stärker wieder aufgenommen werden: „Wir müssen Ausgleich finden, die Gerechtigkeitsdiskussion neu beleben“, sagt er. Wichtig ist es ihm, alle dabei mitzunehmen, auch die Corona-Skeptiker. Und damit bleibt sich der gelernte Sozialdiakon treu. Hatte er doch auch vor 30 Jahren Jugendliche völlig unterschiedlicher Ansichten zusammengebracht und damit den Grundstein für die SozDia-Stiftung gelegt. „Wir haben keine Zeit zu verlieren, wenn es um Demokratie geht“, ist Michael Heinisch-Kirch auch heute überzeugt.

Für Nina Kirch gehört dazu die Achtsamkeit, eine wehrhafte Demokratie am Leben zu halten. Gerade die Pandemie habe gezeigt, wie stark die Gesellschaft Gefahr

laufe, sich in verschiedene Gruppen zu spalten. „Was Kinder und Jugendliche in Berlin-Zehlendorf in der Pandemie erlebt haben, ist ganz sicher anders als das, was ihre Altersgenossen im Plattenbau in Hohenschönhausen wahrgenommen haben.“ Die verschiedenen Interessen und Erfahrungen müssten an einen Tisch, in das Gespräch miteinander gebracht werden. Jetzt, wann sonst nach der kontaktarmen Zeit, sei dazu der richtige Moment.

Bettina Röder



# WARUM ICH NICHT WÄHLEN GEHE! ODER DOCH?

Wir haben junge Menschen rund um die SozDia nach ihrer Wahlmotivation oder nach Gründen ihrer Nicht-Teilnahme an den bevorstehenden Bundestagswahlen gefragt. Wie ist die Stimmungslage im Hinblick auf den Wahlmonat September? Erzählt doch mal:



**„ICH DARF NOCH NICHT WÄHLEN UND WENN ICH KEINE DEUTSCHE STAATSBÜRGERSCHAFT BEKOMME, BLEIBT DAS AUCH SO“**

Erolind, 16 Jahre, Schüler

Ich darf noch nicht wählen und wenn ich keine deutsche Staatsbürgerschaft bekomme, bleibt das auch so. Wenn ich aber wählen darf, dann mache ich das. Wählen sollte man. Nein – es ist eine Pflicht finde ich sogar. Nur wenn man wählt, kann die Politik auch wissen was die Menschen wollen. Viele sind, glaube ich, zu faul, um wählen zu gehen. Darum fände ich es gut, wenn das auch online ginge.

Manche wissen aber auch nicht, was sie wählen sollen und machen dann lieber nichts. Dann geht aber diese Stimme an irgendwen und es kann sich nie was ändern. Wenn man wählt, steht es 50/50. Vielleicht wird dann in der Politik nicht nur versprochen, sondern auch gemacht. Es gibt zwei Parteien die ich gut finde. Die einen gewinnen niemals. Die anderen waren mal ganz gut, aber sind es jetzt nicht mehr. Aber genau die haben größere Chancen. Vermutlich würde ich nicht strategisch wählen und nehme die, die nie gewinnen aber dafür bessere Sachen wollen und die Welt gerechter machen.



**„ICH DARF AUF JEDEN FALL NICHT WÄHLEN ALS NICHT-STAATSBÜRGER.“**

Saman, 21 Jahre, Student

Ich darf auf jeden Fall nicht wählen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Aber ganz ehrlich, auch wenn ich wählen dürfe, würde ich es nicht machen. Wenn ich allerdings gezwungen wäre, würde ich eine Partei wählen, die sich am meisten um die Wirtschaft des Landes kümmert und damit beschäftigt. Als angehender Wirtschaftswissenschaftler verstehe ich davon am meisten, und weiß natürlich wie wichtig es ist, dass es auf dieser Ebene gut funktioniert. Ich denke aber mit den Neuwahlen wird es keinen großen Umbruch im Land geben, da die Bürger sowas natürlich ungern zulassen. Die Menschen hassen Veränderungen.

Wenn für die meisten alles gut läuft – und das ist der Fall – bleiben sie bei ihrem System. Für Veränderungen gibt es einfach zu wenig Sorgen bei den meisten. Darum glaube ich, meine Stimme hätte eh kaum Einfluss und würde nichts bewegen.



**„DIESES JAHR DARF ICH ENDLICH WÄHLEN – UND ICH FREU MICH DRAUF.“**

Maha, 19 Jahre, Azubi in der Gastronomie

Dieses Jahr darf ich endlich wählen – und ich freu mich drauf. Ich bin die erste in meiner Familie, die in Deutschland wählen darf und dann gleich für ein so wichtiges Amt. Darum werde ich gemeinsam mit meinen Eltern und meinen 2 Brüdern entscheiden, wem wir unsere Stimme geben. Wir werden alle zusammen zum Wahllokal gehen. Wir Kinder wissen schon ganz genau was wir wollen – mehr Perspektive und Zukunft. Auf keinen Fall blau oder schwarz. Gleichzeitig bin ich traurig, wenn Frau Merkel geht. Das wird sehr komisch ohne sie. Sie spricht immer so deutlich und langsam. Uns allen gefällt das.

Ich wünsche mir das Politiker genauer benennen um was es geht, ehrlich sind, wichtige Themen auch sehen und Bewegungen wie den Umweltschutz, Anti-Diskriminierung und Gleichberechtigung ernst nehmen. Keine Partei schafft das allein. Darum zählt am Ende für mich nicht nur wer an der Macht ist, sondern auch wer sonst noch so im Bundestag sitzt. Jede Stimme zählt deshalb.



**„WENN ICH DIE CHANCE HÄTTE, ETWAS INS POSITIVE ZU ÄNDERN, DANN WÜRDEN ICH AUCH WÄHLEN GEHEN.“**

Iqraa, 16, Schülerin, Jugendklub Linse

Politisch gesehen habe ich noch nicht gewählt, aber bei der Schülersprecherwahl zum Beispiel schon. Wenn ich aber die Chance hätte zu wählen, um etwas ins Positive zu ändern, dann würde ich es auch machen.

Ich darf wählen gehen, da ich hier lebe und die deutsche Staatsbürgerschaft habe, andere die das nicht haben, dürfen nicht wählen gehen und das finde ich unfair. Daher muss man diese Chance nutzen, um für andere einzustehen.

Wenn ich wählen würde weiß ich jetzt noch nicht, weil ich nicht alle Parteien insgesamt kenne. Aber ich würde dann die Partei wählen, die das Gute für die Menschen will. Das bedeutet für mich, dass sie für Menschenrechte einstehen, dass auch Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind, gleichberechtigt werden und es allgemein Gleichberechtigung für alle gibt, in allen Kategorien. Egal wen man liebt, egal wo man herkommt. Außerdem sollte diese Partei umweltfreundlich sein.



**„ICH GEHE AUF JEDEN FALL WÄHLEN, DENN ES IST MIR WICHTIG, DASS MEINE STIMME AM ENDE NICHT EINER PARTEI WIE DER AFD HILFT.“**

Felix, 22 Jahre, Erzieher

Ich gehe auf jeden Fall wählen, denn es ist mir wichtig, dass meine Stimme am Ende nicht einer Partei wie der AFD hilft. Wenn ich das zeitlich nicht anders schaffe, dann auch mit Briefwahl. Hauptsache, ich habe gewählt. Allerdings ist es schwer, eine Partei zu finden, deren Programm mich anspricht, denn vor allem große Parteien gehen auf viele Punkte, die mir als queere Person wichtig sind, nicht ein.

Darum sind für mich persönlich die Grünen mit ihrem Parteiprogramm am attraktivsten, denn hier werden Punkte wie das Trans-Gesetz mit dem Ziel thematisiert, Prozesse für Betroffene zu vereinfachen und sie damit zu unterstützen. Abschließend kann ich sagen, dass ich mir von den Parteien wünschen würde, dass sie auch die Bedürfnisse und Probleme von Menschen aus der LGBTQI+ (Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer und Intersex) Szene wahrnehmen und darauf eingehen. Das würde auch dazu führen, dass ich die Entscheidung, welche Partei ich wählen will, nicht nur davon abhängig mache, wer denn in seinem Parteiprogramm überhaupt was zu dem Thema Trans-Gesetz oder Gleichstellung aller Geschlechter sagt.

Aktuell habe ich nicht wirklich das Gefühl, dass es eine Parteienvielfalt gibt, bzw. fühle ich mich von dieser weder wahrgenommen noch angesprochen.



HALLO,

wir sind Elisa Bienek aus dem Jugendklub Linse, Milorad Carkik (Mischo) aus dem Jugendklub Tube und Elisabeth Rodé (Elly) aus dem Jugendklub Rainbow – und wir haben diese und die folgenden zwei Doppelseiten der Ansichtssache gekapert.

Auf diesen Seiten steht alles im Zeichen der Politik, denn im September sind Bundestagswahlen. Euch erwarten interessante und unbekannte Fakten über Politiker\*innen sowie Relevantes zu den aktuellen Parteiprogrammen.

Übrigens: Junge Menschen ab 18 Jahren, die noch nie gewählt haben, können in das Thema Wahlen tiefer eintauchen und sich zu einer Erstwahlhelfer\*innen-Ausbildung anmelden: Auf der Internetseite ([www.erstwahlhelfer.de/mitmachen](http://www.erstwahlhelfer.de/mitmachen)) oder über die Jugendklubs Linse, Tube und Rainbow.

## PARTEIPROGRAMME IM VERGLEICH: WAS AUSGEWÄHLTE PARTEIEN VERSPRECHEN

Wir haben uns die Parteiprogramme der aktuell im Bundestag vertretenen sieben Parteien nach bestem Wissen und Gewissen angeschaut und die Positionen von CDU/CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AFD anhand ausgewählter Themen verglichen. Einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben wir nicht, über Leser\*innenpost freuen wir uns an kommunikation@sozdia.de.

**MEHR INFOS:** Ab 2.9.2021 ist der WAHL-O-MAT der Bundeszentrale für politische Bildung online!

	Bildung	Wohnraum	Migrations- / Inklusionspolitik	Gleichstellung der Geschlechter	Klimapolitik	Mobilität
DIE LINKE	Gute Bildung, gerecht, gebührenfrei. Ein Leben lang“: Gefordert wird eine Bildung, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Gemeinschaftsschulen werden gefordert, an denen alle Schüler*innen gemeinsam lernen und unterschiedliche Abschlüsse bekommen können. Numerus Clausus abschaffen und BAföG erhöhen – ohne Rückzahlung. Zudem Offensive für mehr Lehrkräfte.	Bau von mehr Sozialwohnungen und höheres Wohngeld für einkommensschwache Personen/Familien. Mietpreisbremse dauerhaft.	Abschiebung wird abgelehnt. Migrant*innen werden nach 5 Jahren Aufenthalt eingebürgert und in Deutschland geborene Kinder haben das Recht auf Mehrstaatlichkeit.	Die vielfältigen Lebensweisen, sowie alle Lebensweisen, bei denen Verantwortung für andere übernommen wird, sollen rechtlich gleichgestellt werden.	Geplant ist Klima-Transformationsfonds in Höhe von 20 Mrd. € für den Umbau der Industrie mit dem Ziel ein CO <sub>2</sub> -neutrales Deutschland bis 2035.	Der Ausbau der Bahn und des öffentlichen Nahverkehrs auf dem Land und Preissenkungen für Fahrgäste sind das Ziel.
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	„Bildung und Forschung ermöglichen“: Soziale und kulturelle Herkunft, Geschlecht, körperliche Voraussetzungen – keine Voraussetzung für Bildungsaufstieg. Ausbau von Gemeinschaftsschulen, Modernisierungen, rückzahlungsfreies BAföG. Digitalisierung nicht unabhängig von einer Medienbildung und Medienkompetenz, die bei Schüler*innen gestärkt werden soll.	Bau von mehr Sozialwohnungen, Mietpreisbremse dauerhaft. Recht auf Wohnen ins Grundgesetz.	Migrant*innen mit Duldungsstatus bekommen nach fünf Jahren ein Bleiberecht. Kinder und Jugendliche nach drei Jahren.	Ziel ist die Gleichberechtigung aller Geschlechter in allen Lebenslagen und Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt.	Geplant ist ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit höherer CO <sub>2</sub> -Besteuerung, dem Kohleausstieg und 70% Treibhausgasreduktion bis 2030.	Ab 2030 werden nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen und ein massiver Ausbau von Bahn und Radwegen und ein Tempolimit (130 km/h) sind geplant.
SPD	„Gut aufwachsen“: Partei will ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit, durch das Kommunen Mittel zur Förderung von Chancenhelfern an jeder Schule bereitgestellt werden. Für Kinder und Jugendliche soll es freie Fahrt in Bussen und im Nahverkehr geben.	Bau von mehr Sozialwohnungen, Mietpreisbremse dauerhaft.	Für eine erleichterte Integration soll die Möglichkeit von Mehrstaatlichkeit gesetzlich verankert werden.	Bis 2030 sollen Mann und Frau gleichgestellt sein und LGBTQI+- Personen und Familien werden rechtlich abgesichert.	Klimaneutralität bis spätestens 2045 und Klimaschutz als Jobmotor sind das Ziel. Eine Reform der Erneuerbare-Energien-Umlage soll Stromkosten sinken lassen.	Der öffentliche Nahverkehr wird ausgebaut und klimaneutral. Bahnfahren soll in Europa günstiger sein als Fliegen.
CDU / CSU	Schulsystem bleibt Ländersache, neue Karriereperspektiven durch ein Modell „Höhere Berufsbildung“.	Bau von mehr Sozialwohnungen, Wohngeld für einkommensschwache Personen/Familien. Keinen Mietendeckel.	Eine Integration der Migrant*innen ist wichtig. Sie sollen Zugang zu deutscher Sprache, Kultur und Bildung erhalten und diese annehmen.	Geschlechterspezifische Lohn- und Rentenlücken werden beseitigt und Frauen und Männer erfahren in allen Bereichen die gleiche Wertschätzung.	Bis 2030 sollen in Deutschland 65 Prozent weniger Treibhausgase entstehen als 1990. Bis 2045 soll unser Land klimaneutral sein.	Das Schienen- und ÖPNV-Netz soll ausgebaut und verbessert werden. Die Autoindustrie soll stark bleiben und Fahrzeuge mit allen Antriebsformen produzieren.
FDP	Jede Schule soll ein eigenes Budget für Modernisierung erhalten. Ein Jahr vor der Einschulung soll es einen Deutsch-Test geben, um Schüler*innen gezielt zu fördern. Bundesweit sollen Fächer Wirtschaft und Informatik eingeführt werden.	Wohngeld für Sozialschwache – wenn dies nichts nützt dann Erlaubnis zur Anmietung einer Sozialwohnung, keine Mietpreisbremse.	Zwischen Flucht und dauerhafter Integration wird unterschieden, je nach Status durchlaufen Migrant*innen verschiedene Verfahren.	Erweiterung von Freiheits- und Entfaltungsräume für Individuen aller Geschlechter. Die Rechte von LGBTQI+- Personen sollen gestärkt werden.	Beim Klimaschutz setzt die FDP auf die freie Marktwirtschaft, d.h. Emissionshandel. Der Staat gibt vor, wieviel CO <sub>2</sub> im Jahr ausgestoßen werden darf. Bis 2050 wird schrittweise auf Null gesenkt.	Es wird mehr alternative Kraftstoffe und eine Vereinfachung der Zertifizierung geben, um die E-Mobilität zu stärken. Der Bahnverkehr soll weiter privatisiert werden.
AFD	„Deutsches Kulturgut im Unterricht vermitteln“: Asylbewerber*innen sollen zudem auf die „Rückkehr in ihr Herkunftsland“ vorbereitet werden, alle Koranschulen im Land sollen auf die Verfassungstreue überprüft werden.	Keine Sozialwohnungen mehr aber Wohngeld für einkommensschwache Personen und Familien, keine Mietpreisbremse.	Asylanträge sollen nur unter Nachweis von gesicherter Identität und Staatsangehörigkeit gestellt werden und jegliche Form von Familiennachzug wird abgelehnt.	Würdigung traditioneller Lebensentwürfe und Wertschätzung von Frauen, die Familie gründen und Kinder kriegen ist Gleichberechtigung. Klassifizierung der „neuen“ Geschlechter wird abgelehnt. Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung sind zu streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie wird abgelehnt. Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen.	Die Ziele die CO <sub>2</sub> -Emission auf 0 zu senken werden abgelehnt. Man soll Klimawandel positiv begegnen und sich an neue Lebensbedingungen anpassen.	Deutsche Autoindustrie soll erhalten und Diesel- oder Motorradfahrverbote abgeschafft werden. Für weniger Verkehrschaos in Großstädten werden Fahrspuren ausgebaut.

## QUIZ

Auf dieser Doppelseite unserer Wahl-Spezial Seiten haben wir interessante und manch skurrile Fakten über Politiker\*innen gesammelt. **Von wem stammt welches Zitat?**

## WER HAT'S GESAGT?

Zu welchem\*welcher Politiker\*in gehört welches Zitat?  
Welches Lösungswort kommt am Ende raus?

1.  
„WIR SCHAFFEN DAS.“

2.  
„NIEMAND HAT DIE ABSICHT,  
EINE MAUER ZU ERRICHTEN.“

3.  
„WER IN ZUKUNFT NICHT WOLLE,  
DASS ALBANER UND KOSOVAREN ALS  
PFLEGEKRÄFTE INS HAUS KÄMEN UND  
DANN DIE BUDE AUSTRÄUMTEN,  
MÜSSE AFD WÄHLEN.“

4.  
„DANN SOLLTEN WIR ABER DER SONNE  
ERKLÄREN, DASS SIE NICHT SO VIEL  
SCHEINEN SOLL. WEIL DIE SONNE DANN  
JA DEN EINFLUSS AUF DIE OZEANE  
HAT UND NICHT WIR.“

5.  
„ABER, LIEBE FREUNDE, HITLER UND  
DIE NAZIS SIND NUR EIN VOGELSCHISS IN  
UNSERER ÜBER 1000-JÄHRIGEN GESCHICHTE.  
UND DIE GROSSEN GESTALTEN DER VERGANGEN-  
HEIT VON KARL DEM GROSSEN ÜBER KARL V.  
BIS ZU BISMARCK SIND DER MASSSTAB,  
AN DEM WIR UNSER HANDELN  
AUSRICHTEN MÜSSEN.“

6.  
„PROBLEME SIND NUR  
DORNIGE CHANCEN.“

7.  
„DIESES LAND WIRD  
VON IDIOTEN REGIERT.“

8.  
„[...] FÜR DIE LEUTE MACHEN WIR DAS  
VERDAMMTE KACKE NOCHMAL.“

9.  
„MILLIONEN MENSCHEN IN DIESEM LAND  
VERDIENEN WENIG, VIEL ZU WENIG, UND GEHEN  
TROTZDEM JEDEN TAG ZUR ARBEIT, OFT IHR  
LEBEN LANG. DAS SIND FÜR MICH DIE WAHREN  
HELDEN UNSERER ZEIT.“

10.  
„WAS ALLES NICHT GEHT, DAS HABEN  
WIR IN DEN LETZTEN JAHREN GENUG  
GEHÖRT. ABER ES ZÄHLT JETZT,  
WAS ALLES GEHT, WAS ALLES  
MÖGLICH IST.“

11.  
„IN MORIA SIND DIE WERTE DER  
EU IN FLAMMEN AUFGEGANGEN.“

R – Beatrix von Storch, AfD  
S – Dietmar Bartsch, Linke  
U – Andreas Winhard, AfD  
M – Olaf Scholz, SPD  
L – Walter Ulbricht  
I – Alice Weidel, AfD  
U – Annalena Baerbock, Bündis 90/ Die Grünen  
P – Angela Merkel, CDU  
L – Christian Lindner, FDP  
A – Alexander Gauland, AfD  
S – Andrea Nahles, SPD

**Lösungswort:**

Pluralismus (Politische Vielfalt)

## WELCHER STECKBRIEF GEHÖRT ZU WELCHER PERSON?

Kennst Du alle Namen und weißt zu welcher Partei wer gehört? Dann sende uns unter kommunikation@sozdia.de das Lösungswort zu und gewinne einen Gutschein für 2 Personen für einen Besuch bei „My Jump“ in Berlin.\* **Wir wünschen viel Erfolg!**

O

## NAME UND PARTEI:

**Geburtstag:** 18.02.1961 | **Hat studiert:** Rechts- und Staatswissenschaften

**Hobbys als Teenie:** Singen im Chor

**Lieblingessen:** Bifteki mit alles, Gyros und Pizza mit Thunfisch, Mais, Zwiebel und Paprika

**Zweiter Traumjob:** Schauspieler

**Spezialfakt:** Sohn ist Mode-Blogger und Influencer (joe\_jaschet)

Learnte Ehepartner/in mit 7 Jahren kennen. Beide haben sich auf dem Spielplatz geprügelt.



1

© Laurence Chaperon

L

## NAME UND PARTEI:

**Geburtstag:** 15.12.1980 | **Hat studiert:** Politikwissenschaften, Europarecht

**Hobbys als Teenie:** Fußball, Trampolinsport (Leistungsturnen)

**Lieblingsfarbe:** Petrol | **Lieblingvogel:** Pinguin

**Lieblingessen:** Banana-Split Eis mit Vanille - statt Schokokugeln

**Zweiter Traumjob:** Rocksänger\*in

**Freizeit:** Singen und Fußball

**Spezial-Fakt:** Kann laut eigener Aussage nicht besonders gut singen. Ist aber egal.



2

© Raimond Spekking

I

## NAME UND PARTEI:

**Hat studiert:** Rechtswissenschaften | **Spitzname:** Scholzomat

**Lieblingsfarbe:** blau | **Motto:** Das wichtigste ist Liebe

**Freizeit:** Joggen, schnelle Autos | **Lieblingessen:** Pho Bo Suppe

**Spezial-Fakt:** Ist als Rechtsanwalt zugelassen



3

© guene.de

K

## NAME UND PARTEI:

**Geburtstag:** 07.01.1979 | **Hat studiert:** Politikwissenschaften, Staatsrecht und Philosophie

**Hobbys als Teenie:** Onlinegames von Wing Commander und Ultima

**Lieblingessen:** alles vom Grill | **Lieblingsspiel:** Backgammon

**Freizeit:** Old Timer, Rennsport

**Spezialfakt:** Wollte zur Bundeswehr hat dann aber Zivildienst als Hausmeister gemacht



4

© Sandro Habank

T

## NAME UND PARTEI:

**Familie:** Verheiratet, zwei Kinder, zwei Enkelkinder | **Motto:** Die Zeit heilt alle Wunden

**Lieblingessen:** Ostseedorch mit Bratkartoffeln und Spiegelei

**Zweiter Traumjob:** Olympiasieger – egal in welcher Sportart

**Freizeit:** Eisbären Berlin, F.C. Hansa Rostock, Volleyball, Skat, Musik von Jimi Hendrix und Led Zeppelin

**Spezialfakt:** Wollte eigentlich gar kein Politiker werden



5

© DSt/Inga Haar

I

## NAME UND PARTEI:

**Geburtstag:** 06.02.1979 | **Familie:** eingetragene Lebensgemeinschaft, zwei Stiefsöhne

**Hat studiert:** Volks- und Betriebswirtschaftslehre

**Haustier:** Hundedame Leni | **Auto:** Skoda

**Zweiter Traumjob:** Medizinerin | **Freizeit:** Rad fahren, wandern

**Spezial-Fakt:** Für einen Forschungsaufenthalt zur Doktorarbeit lebte sie fünf Jahre in China.



6

© Bundesministerium der Finanzen

P

## NAME UND PARTEI:

**Geburtstag:** 17.07.1954 | **Hat studiert:** Physik

**Lieblingsfarbe:** lila-blau wie Rittersporn | **Lieblingstier:** Igel, Elefant, Feldhase

**Reiseziele:** Rocky Mountains, durch Russland mit der Transsibirischen Eisenbahn

**Lieblingessen:** Spaghetti Bolognese, Hühnersuppe mit Nudeln

**Zweiter Traumjob:** Astronaut\*in

**Freizeit:** Gartenarbeit, Kartoffeln anbauen und ernten, schwimmen im See

**Spezial-Fakt:** Hat im Studium nebenbei in einer Disco an einer Bar gejobbt.



7

© 2020 Christian Lindner

## LÖSUNGSWORT

1 2 3 4 5 6 7

\*Veranstalterin dieses Gewinnspiels ist: SozDia Stiftung Berlin – Gemeinsam Leben Gestalten, Pfarrstraße 92, 10317 Berlin. Jede\*r Teilnehmer\*in erkennt mit der Teilnahme an diesem Gewinnspiel die hier aufgeführten Teilnahmebedingungen an. Teilnahmebedingungen: Teilnahmeberechtigt sind alle volljährigen Personen. Minderjährige Personen benötigen zur Teilnahme eine Einverständniserklärung der Eltern. Mehrfache Teilnahme sowie willentliche Falscheinträge sind unzulässig. Gewinnspielteilnehmer\*in ist der\*diejenige, der\*die eine E-Mail mit dem richtigen Lösungswort fristgerecht abschickt. **Teilnahmeschluss ist der 20.09.2021.**

# „DEMOKRATIE BEGINNT BEI UNS SELBST.“

## Über die Gestaltung von Mitbestimmung in frühkindlicher Bildung – Erfahrungen aus dem Alltag einer Kita

In der Kita beginnt Demokratie mit der eigenen und gelebten Haltung der betreuenden Pädagog\*innen, denn auch die Kleinsten wollen sich gesehen und gehört fühlen. Doch wie genau kann Demokratie in der frühkindlichen Bildung dazu beitragen, dass Kinder zu Gestalter\*innen ihres eigenen Lebens und unserer Gesellschaft werden? Wie kann uns das gelingen und wie sieht so ein Kita-Alltag aus? Darüber spreche ich mit Justus Durben, Leiter der SozDia-Kita Müggelbände.

Als Leiter einer Kindertagesstätte mit 80 Kindern und 16 Mitarbeiter\*innen ist der Terminkalender von Justus immer gut gefüllt. Er ist nicht nur Ansprechpartner für all seine Kolleg\*innen im laufenden Kita-Betrieb, sondern kümmert sich auch um organisatorische, inhaltliche und übergeordnete Aufgaben. Er nimmt sich trotzdem gerne die Zeit für unser Gespräch, berichtet er, denn das Thema Demokratie im eigenen Arbeitskontext stellt nicht nur einen Grundwert innerhalb der gesamten SozDia dar, sondern ist auch Justus selbst ein drängendes Anliegen. „Die individuellen Bedürfnisse von Kitakindern und ihre Sicht auf die Welt ernst zu nehmen, sie an Entscheidungen teilhaben zu lassen und mit ihnen das Leben in der Gemeinschaft demokratisch zu gestalten, gehört zu unserer Arbeitsgrundlage“, lässt mich Justus direkt zu Beginn unseres Gesprächs wissen. Man merkt ihm seine Leidenschaft, verbunden mit einer erfrischenden Leichtigkeit aber auch der nötigen Ernsthaftigkeit für das Thema schnell an. Er ist darauf bemüht die großen Worte ‚Demokratie‘ und ‚Partizipation‘ mit Leben zu füllen und sie bestmöglich in die Praxis zu übersetzen.

**„Eine demokratische Mehrheit, die für oder gegen etwas gewinnt, heißt immer auch, dass Menschen und andere Interessen ausgeschlossen werden.“**

Trotzdem möchte ich zunächst von Justus wissen, was Demokratie für ihn persönlich bedeutet und was für seine tägliche Arbeit in der Kita. „Demokratie, da denkt man ja schnell an zum Beispiel das Prinzip der Wahlen, hier wird Demokratie zwar sichtbar, aber das ist nicht mein persönlicher Ansatz, denn eine demokratische Mehrheit, die für oder gegen etwas gewinnt, heißt immer auch, dass Menschen und andere Interessen ausgeschlossen werden. Für mich bedeutet Demokratie aber noch viel mehr, nämlich Haltung zeigen, Kommunikation, Selbstreflexion, Andersdenkende mitzunehmen, statt sie auszuschließen, sie zu sehen und ihnen zuzuhören“, ist Justus überzeugt. Uns Menschen fele es oft schwer, Sichtweisen von Andersdenkenden zu berücksichtigen, Vorurteile und die daraus resultierende Ablehnung zu überwinden, aber genau das sei Justus zufolge so wichtig, um ein gemeinsames Ziel, zum Beispiel Frieden zu leben und Demokratie zu gestalten, erreichen zu können.

Demokratische Prinzipien, die auch fest im eigenen Alltag, in der eigenen Haltung nach innen und außen verankert sind, helfen dabei – auch fernab von politischen Wahlperioden. „Wichtig ist hierbei aber, dass ich mich selbst auch nicht zu ernst nehme“, unterstützt Justus seine Aussage verschmitzt. In seiner täglichen Arbeit als Kita-Leiter und Pädagoge arbeite er daher gerne und oft mit Vergleichen und wichtig: mit viel Humor.

Im sozialen Bereich müsse man gut zuhören, immer wieder neu sortieren und differenzieren können, um Entscheidungen zu treffen. Auch um zu erkennen, was gelebte Demokratie ist und was vorgeschobene Demokratie.

**„Kita ist die Wiege der Demokratie.“**

„In der Kita sind wir schon ganz früh die Wiege der Demokratie, denn unsere Kinder dürfen und sollen eigene Entscheidungen treffen und wir unterstützen und begleiten sie darin“, holt Justus das Thema nun konkret in seine Arbeitspraxis. Damit steht Justus stellvertretend für alle SozDia-Kitas für eine Kita-Kultur der Teilhabe und der gleichberechtigten Beteiligung ein, in der die Kinder im Rahmen des komplexen Kita-Alltags ihr Leben gemeinsam gestalten. Denn wie alle Kitas in Trägerschaft der SozDia arbeitet auch die Kita Müggelbände seit ihrem Bestehen 2018 auf Basis des Entwicklungskonzeptes „Kita als weltoffenes Dorf“ von Dorothee Jacobs. Dieses stützt sich auf die Annahme, dass bereits die Jüngsten ihre Kita ähnlich wie ein Dorf erleben. Es gibt einen Marktplatz, viele Werkstätten, eine Art Gemeindeverwaltung, viel Grün und die Möglichkeit, dies alles nach und nach zu erkunden und zu verstehen.

„Um die Komplexität des Kita-Alltags und seine Potentiale besser erfassen und vermitteln zu können, schien uns eine Übertragung des Bildes von einem lebenswerten und weltoffenen Dorf auf unsere Kitas eine geeignete Methode.“, erläutert Silke Mayn, Fachreferentin des Bereichs Kindertagesstätten bei SozDia.



SozDia-Kita Müggelbände: Lädt bereits die Kleinsten zu einem Kita-Alltag wie in einem weltoffenen Dorf ein.

**„Das Konzept ‚Kita als weltoffenes Dorf‘ pflegt ein soziales, kulturelles und interreligiöses Leben.“**

Ein weltoffenes Dorf pflegt ein soziales, kulturelles und interreligiöses Leben und eröffnet viele Möglichkeiten der Teilhabe. Die Kinder lernen, wie man sich aktiv beteiligt, wie man etwas bewirken kann, wie demokratische Prozesse ablaufen und wie man den Einzelnen mit all seinen Besonderheiten akzeptiert. Durch Vielfalt lernen die Kinder in ihrem weltoffenen Dorf Toleranz, Respekt und Unvoreingenommenheit. „Momente der demokratischen Bildung können im Kita-Alltag u.a. die gemeinsame Festlegung eines Faschingsthemas, des nächsten Ausflugsziels oder einer alternativen Tagesgestaltung sein, aber auch die Nutzung des Beschwerdemanagements und das Mitspracherecht in einem Kinderparlament“, lässt mich Justus wissen. Sie können auch entscheiden, wann und wie viel sie zum Mittagessen wollen und ob sie anschließend einen Mittagsschlaf machen möchten oder nicht. So sollen Kinder bereits in der Kita lernen, wie sie sich aktiv beteiligen und etwas bewirken können, wie demokratische Prozesse ablaufen und vor allem, dass sie eigene Entscheidungen treffen dürfen.

Die Sache mit dem Beschwerdemanagement interessiert mich dabei besonders, erinnert es mich doch an ein eher bürokratisches oder unangenehmes Tool aus der „Erwachsenen-Welt“, wenn jemand bei falscher Bestellung im Restaurant sofort die Leitung für eine Beschwerde sprechen will oder bei Problemen mit Online-Bestellungen damit beschwichtigt wird, man kön-

ne sich gern schriftlich an das zuständige Beschwerdemanagement richten. „Das Beschwerdemanagement, das es ganz offiziell in der SozDia gibt, ist auch für die Kinder da.“



In Form von einem morgendlichen Gesprächskreis, der wie ein kleines Parlament funktioniert, können die Kinder ihre Probleme, Wünsche oder eben Beschwerden offen ansprechen“, klärt mich Justus hierzu auf. In diesem offenen Erzählkreis sei es auch wichtig, die anderen ausreden zu lassen, nicht zu diskriminieren, Situationen aushalten zu können und sich selbst auch mal zurückzunehmen und erstmal zuzuhören. „Das sind viele Lernfelder für die Kinder, die ganz spielerisch eröffnet und sichtbar gemacht werden“, fügt Justus hinzu.

**„Alles beginnt damit, Demokratie als innere Haltung zu verstehen, die auch im Alltag gelebt werden muss.“**

„Kita ist allgemein ein wichtiger Ort, denn so nah kommen wir nie wieder an die Fa-

milien heran. Wir stehen täglich in unmittelbarer Nähe zu ihnen und können so Impulse geben, um zum Beispiel das Thema Demokratie von der Kita heraus in die Familien zu platzieren. Klar stößt man auch auf Grenzen, aber einander zu verstehen, einander auszuhalten und dann gemeinsam zu gestalten: das macht ein demokratisches Miteinander auf Augenhöhe für mich aus“, schließt Justus mit einem warmen Lächeln ab.

Ich nehme viel aus diesem Gespräch mit und habe verstanden, dass alles damit beginnt, Demokratie als innere Haltung zu verstehen, die auch im Alltag gelebt werden muss. Hierfür braucht es ein Miteinander auf Augenhöhe, bei dem sich alle gehört und gesehen fühlen. Wir müssen zuhören, unsere Meinung immer wieder hinterfragen, andere Meinungen zulassen und Lösungen finden, bei denen möglichst alle berücksichtigt werden. Auf diese Art können wir Kindern vermitteln, dass sie eine Stimme haben und diese auch einsetzen dürfen und sollen (sogar bevor sie sprechen können).

So werden Kinder zu Gestalter\*innen ihres eigenen Weges und schließlich auch der Gesellschaft.

Christina Saborosch-Stötzer

Auch während der Sommermonate haben wir uns in der SozDia wieder mit vielen tollen und bunten Aktionen sowie auch neuen Einrichtungsprojekten auf den Weg gemacht, um auch in der wärmeren Jahreszeit gemeinsam Leben zu gestalten und zum mit- und nachmachen einzuladen. Besonders die Momente des Miteinanders, die nun wieder mehr möglich waren, sind uns hierbei eine besondere Herzensangelegenheit, denn sie zeigen, dass gemeinschaftlich sein immer geht:



### 30 JAHRE SOZDIA – DER DIGITALE FESTAKT

Am 5. Mai war es endlich soweit, wir konnten unseren 30. Geburtstag digital (nach)feiern. Gemeinsam mit Ulrike Trautwein, Generalsuperintendentin der EKBO und Markus Meckel, Außenminister a.D. und langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages konnten wir ergründen, was ein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft gelingen lässt. In drei digitalen Räumen zu aktuellen Themen fand zwischen Teilnehmer\*innen und Impulsgeber\*innen ein reger Austausch statt, bei dem auch Forderungen formuliert wurden. Wir konnten viele hilfreiche Einblicke in andere Bereiche unserer Gesellschaft erhalten und nehmen diese für unser künftiges Wirken, für die Gestaltung unserer Gesellschaft, mit auf. Eine ausführliche Zusammenfassung unserer Ergebnisse aus den Themenräumen findet sich unter: [www.sozdia.de](http://www.sozdia.de). Wir möchten uns an dieser Stelle auch noch einmal recht herzlich bei allen Vortragenden und Teilnehmer\*innen für den schönen und interessanten Nachmittag bedanken. Insbesondere auch für die zahlreichen Glückwünsche, die uns vor dem Festakt, aber auch währenddessen, erreichten.

### SPIELEND MIT UNTERSCHIEDEN UMGEHEN

Vor 20 Jahren hat unsere Kita Buntstift ihren Betrieb aufgenommen und damit ist die SozDia seit Januar 2001 Kita-Trägerin. Und während die Kleinen von damals längst erwachsen sind, spielen in der interkulturellen Einrichtung heute noch immer Kinder mit unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund miteinander – mittlerweile sind es 130. Mit ihnen feierten die Erzieher\*innen im kleinen Kreis am 16. Juni das 20-jährige Jubiläum und die Eröffnung des mittlerweile von den Jüngsten genutzten Erweiterungsbaus. Und auch wenn ein großes Fest erst im kommenden Jahr stattfinden wird, so können Eltern und Interessierte durch einen Buntstift-Podcast an einer Zeitreise teilhaben. Hören Sie gerne rein unter: [www.sozdia.de/Kita-Buntstift](http://www.sozdia.de/Kita-Buntstift).



### STÄRKUNG DER LOKALEN GEMEINSCHAFT

Vier SozDia-Einrichtungen und Projekte der Gemeinwesenarbeit haben sich am Europäischen Tag der Nachbarn mit einfallsreichen Aktionen beteiligt. So lud unser neues Stadtteilprojekt „UNTERWEGS in Hohenschönhausen Süd“ am 28. Mai zu einem Quiz-Spaziergang ein, um den Stadtteil einmal mit anderen Augen zu entdecken. Von BENN Hohenschönhausen Nord wurden mit einem Rezept und dazugehörigen Kochzutaten sowie dem Kochbuch „So isst Lichtenberg“ befüllte Jutetaschen verteilt. Zu einer Blütenjagd und einem Terrassen-Bingo hat unsere Jugend- und Begegnungsstätte alte schmiede aufgerufen. Während am Aktionstag zahlreiche bunte Papierblüten im Kaskelkiez leuchteten, verteilte unser iKARUS Stadtteilzentrum eingepflanzte Sonnenblumen und Bücher auf dem Karlshorster Wochenmarkt, um mit den Anwohner\*innen ins Gespräch zu kommen. Das letzte Jahr hat wie kein anderes gezeigt, wie wichtig nachbarschaftlicher Zusammenhalt und lokales Engagement sind. Mit diesen vielfältigen Aktionen konnten unsere Einrichtungen ein schönes Zeichen für eine gute und lebendige Nachbarschaften setzen.



Texte und Zusammenstellung: Katrin Spiess



### KLIMAFREUNDLICH UNTERWEGS MIT DER SOZDIA FAHRRADFLOTTE

Der Ausbau der SozDia-Fahrradflotte bildet einen wichtigen Beitrag zur Verkleinerung unseres ökologischen Fußabdrucks. Seit dem 26. Mai 2021 rollen die ersten 24 Leih-Fahrräder an 10 SozDia-Standorten durch Berlin. Dienstliche Wege im Kiez oder zur Geschäftsstelle in der Lichtenberger Victoriastadt können unsere Mitarbeitenden jetzt nachhaltig per Fahrrad zurücklegen. In den vergangenen Monaten stieg auch die Anzahl der Lastenfahrräder auf 11 an. Zusammen mit den Leihfahrrädern sind sie eine tolle Alternative zum Auto im Großstadtverkehr. Innerhalb eines Kiezes können so Einkäufe für die Einrichtungen erledigt werden, unser Ausbildungsrestaurant „Am Kuhgraben“ kann seine Speisen im Kiez klimaneutral ausliefern und vieles mehr. Dass unsere Einrichtungen pünktlich zur Fahrrad-Saison mit Lasten- und Leihfahrrädern ausgestattet werden konnten war Michael Heinisch-Kirch, unserem Vorstandsvorsitzenden, eine Herzensangelegenheit: „Nachhaltigkeit ist eines unserer zentralen Anliegen. Das gilt natürlich auch für den Bereich Mobilität. Deshalb freue ich mich besonders über eine Fahrrad-Saison, die in der SozDia ab jetzt gar nicht mehr endet.“ Und wer doch mal längere Strecken zurücklegen muss, kann bequem auf die grünen Elektro- oder Erdgasfahrzeuge samt passender E-Tankstellen der SozDia zurückgreifen.

### FOODSHARING IM IKARUS STADTTEILZENTRUM

Jeden Tag werden Tonnen von Lebensmittel für den Müll produziert. Einen großen Teil davon könnten wir vermeiden. Um dem entgegen zu wirken, steht seit dem 21. Juni der erste Foodsharing-Kühlschrank in Karlshorst und zwar im iKARUS Stadtteilzentrum! Alle können zu Lebensmittelretter\*innen werden, indem sie sich dort holen, was sie brauchen. Die Initiative „foodsharing“ bestückt den Kühlschrank mit geretteten Lebensmitteln v.a. aus Supermärkten und reinigt ihn täglich, sodass durchgehend darauf geachtet wird, dass sich keine verderblichen oder abgelaufenen Speisen im Kühlschrank befinden. Die aktuellen Abholzeiten der Lebensmittel finden sich unter: [www.sozdia.de](http://www.sozdia.de).



### EINLADUNG ZUM WAHLFRÜHSTÜCK, 15. SEPTEMBER 2021, 10-14 UHR

Neben der Bundestagswahl findet dieses Jahr auch die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Dabei ist es insbesondere die Soziale Frage und die Antworten in den Wahlprogrammen auf Landesebene, die uns in der SozDia als Tätige der Sozialen Arbeit unmittelbar betrifft. Wie sollen Herausforderungen angegangen werden? Welche Themen sind für uns zentral? Wo sehen wir Lücken? Diese Fragen wollen wir bei einem gemeinsamen Wahlfrühstück diskutieren. Dazu lädt das SozDia-Vorstandsreferat am 15. September, dem Tag der Demokratie, von 10-14 Uhr zu einem Picknick vor der alten schmiede ein. Mit Impulsfragen, einer kleinen Arbeitshilfe zu den Wahlprogrammen und leckerem Essen wollen wir die für uns relevanten Themen beleuchten sowie über Wege sprechen, wie wir unsere Anliegen und Perspektiven – auch über die Wahl hinaus – in politische Entscheidungsprozesse einbringen können. Falls der 15.09.2021 für Euch nicht passt: wir senden die Arbeitshilfe inklusive der Methode „Wahlfrühstück“ an alle SozDia-Einrichtungen vorab per Email raus, vielleicht habt Ihr ja Lust das Thema bei Euch vor Ort einzubringen!



### FÜR EIN DEMOKRATISCHES MITEINANDER: #BERLINSOLIDARISCH



Das SozDia-Leitungsteam hat sich stellvertretend für die Stiftung mit Unterschrift an der Erklärung „Gegen rechte Hetze und Verschwörungserzählungen“ und der Aktion #Berlinsolidarisch beteiligt. Mit diesem Hashtag setzen sich Berliner Träger\*innen des sozialen Bereichs für ein demokratisches und vielfältiges Miteinander ein. Dafür stehen wir natürlich auch in der SozDia ein. Ob dies nun unserem Kita-Konzept „Kita als weltoffenes Dorf“ geschieht, wir offene Einrichtungen für alle Menschen der Nachbarschaft sind oder uns in unseren Teams tagtäglich um Konsens- und Kompromissfindung bemühen. Ganz besonders mit Blick auf den Wahlkampf 2021 wird in dem Aufruf für ein faires und respektvolles Ringen unterschiedlichster gesellschaftlicher Meinungen geworben. Dabei ist es den Unterzeichner\*innen der Trägererklärung besonders wichtig, dass die Wahrung der Menschenrechte auch in hitzigen Debatten oberste Priorität hat. Um diese Haltung nach draußen zu tragen, unterstützen wir die Aktion #Berlinsolidarisch. Unter dem #Berlinsolidarisch finden Sie viele Ideen zum Mitmachen.

# WÄHLEN SCHON AB 16 ?



Lena Esther Lange aus Friedrichsdorf in Hessen ist Schülerin und steht kurz vor dem Abitur. Sie ist Vorsitzende der Initiative „Jugend wählt“ und Kreis- und Stadtparlamentsabgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen.

„JA, ICH BIN DABEI!

WEIL EIN WAHLRECHT AB 16 JAHREN ES SCHAFFT, UNSERE DEMOKRATIE ZU STÄRKEN.“

Denn dann ist eine größere Zahl in Deutschland an der Wahl unseres Gesetzgebers und somit an der Legitimation unserer Parlamente beteiligt. Gleichzeitig wirkt es der demographischen Entwicklung in Deutschland entgegen. So sind aktuell doppelt so viele Menschen über 60 Jahren wahlberechtigt wie unter 30-Jährige. 1990 sah das noch anders aus: der Anteil der Wahlberechtigten über 60 Jahren und unter 30 Jahren war damals fast gleichmäßig verteilt.

Ganz abgesehen davon: Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren haben in den Bundesländern mit aktivem Wahlrecht ab 16 Jahren bewiesen, dass sie sich stärker an den Wahlen beteiligen als die Wahlberechtigten in den Altersgruppen der 18- bis 35-Jährigen und teilweise bis 45-Jährigen. Weiter zeigen die repräsentativen Wahlstatistiken, dass sich der Vorwurf, dass 16- und 17-Jährige nur „links“ und „grün“ wählen würden, nicht bestätigen lässt. So weicht das Wahlverhalten der 16- und 17-Jährigen nur gering von dem Ergebnis aller anderen Wahlberechtigten ab.

Da Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren im Unterricht sowie über die in der Schule organisierten Podiumsdiskussionen motiviert werden, sich mit Wahlen auseinanderzusetzen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie tatsächlich wählen gehen. Zahlreiche empirische Studien belegen, dass Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren über das notwendige politische Wissen und hinreichende Kompetenz verfügen, um zu einer Wahlentscheidung zu kommen, die einer fundierten Meinung entspricht.

Bisher konnte nur auf bis zu zwei Jahrzehnte alte Umfragen mit höchstens wenigen tausend Beteiligten zu der Frage, ob das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden sollte, zurückgegriffen werden. Seit November 2020 liegen die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage mit über 10.000 beteiligten Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren aus allen Bundesländern vor. Darin sprechen sich 85 Prozent der 14- bis 17-Jährigen für ein Wahlrecht ab 16 Jahren aus!

Wählen mit 16 Jahren? Auf Landesebene ist das bisher nur in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein möglich. Auf kommunaler in zehn Bundesländern. Doch an dem Thema scheiden sich die Geister. Auf Kosten der jungen Generation? Wir haben uns auf die Suche gemacht und zwei Menschen dazu befragt:

„NEIN, ICH BIN DAGEGEN!

WEIL EIN WAHLRECHT UNTER 18 JAHREN DEM JUGENDSCHUTZ ENTGEGENSTEHT.“



Dr. Stephan Eisel ist Politikwissenschaftler mit mehreren Veröffentlichungen zur Absenkung des Wahlalters. Er kommt aus der Jugendarbeit und Politischen Bildung und war Mitglied des Deutschen Bundestages.

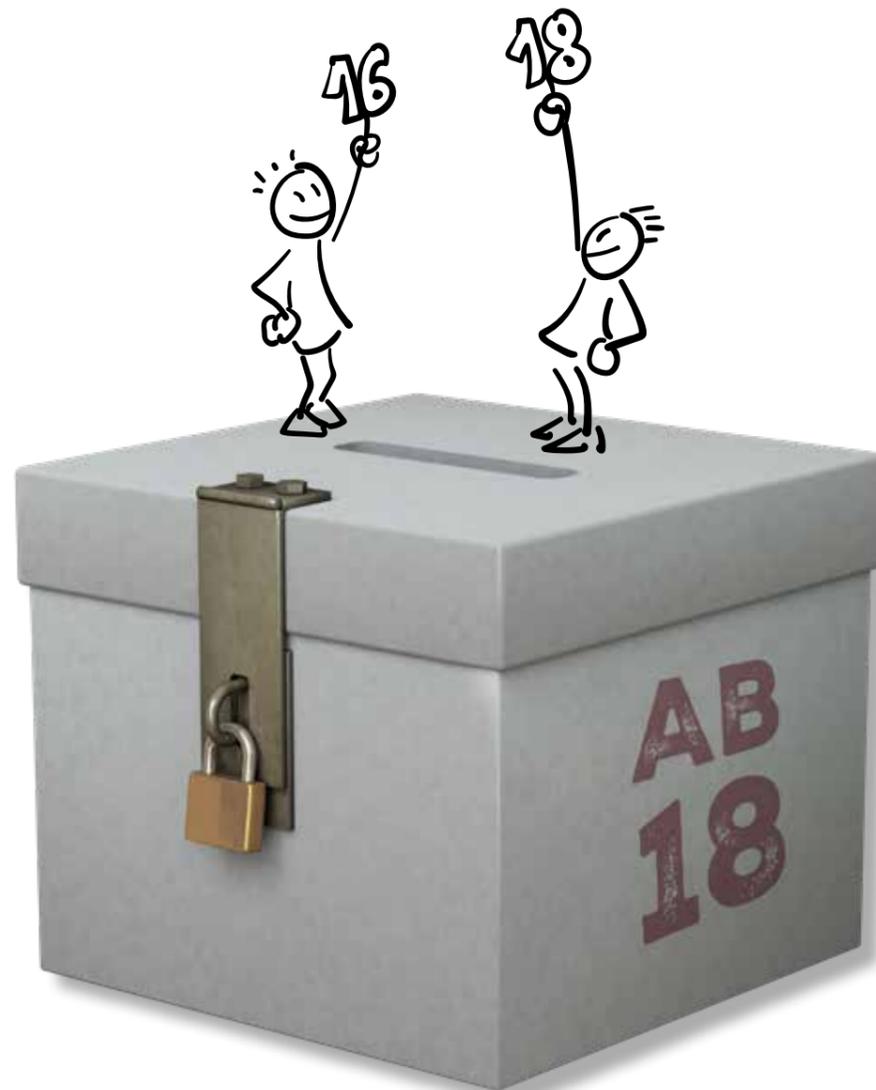
16-Jährige dürfen in der Öffentlichkeit keine hochprozentigen Alkoholika trinken und ohne Begleitung Erwachsener Kinos oder Gaststätten nur bis Mitternacht besuchen. Sie dürfen weder Zigaretten kaufen noch in der Öffentlichkeit rauchen oder Sonnenstudios besuchen. Grundsätzlich gilt bis zur Volljährigkeit: „Eltern haften für ihre Kinder“. Es gibt diesen Jugendschutz, weil der Gesetzgeber Minderjährigen nicht zutraut, Gefahren für sich selbst realistisch einzuschätzen. Es wäre widersinnig, ihnen die für das eigene Leben abgesprochene Einsichtsfähigkeit durch das Wahlrecht für die Gesellschaft insgesamt zuzubilligen.

Dabei ist nicht entscheidend, wie politisch interessiert einzelne Jugendliche vor der Volljährigkeit sind. Eine individuelle „Wahlreifebeurteilung“ wäre demokratiefremd. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt, dass beim Wahlrecht eine generalisierende Gruppenbeurteilung verfassungskonform ist. Die Altersgrenze 16 ist außerdem willkürlich und in unserem Rechtssystem kein wesentlicher Ein-

schnitt. Dort wird unterschieden zwischen „Kindern“ bis 14 Jahren und „Jugendlichen“ zwischen 14 und 18 Jahren.

Außerdem entkoppelt die Trennung des Wahlalters von der Volljährigkeit aktives und passives Wahlrecht. Wegen des grundsätzlich garantierten freien Mandats, ist die Wählbarkeit des passiven Wahlrechts nämlich mit den Freiheitseinschränkungen für Minderjährige nicht vereinbar. So wären Minderjährige gezwungen, Volljährige zu wählen.

Die Befürworter\*innen des Wahlalters ab 16 wollen übrigens die Entscheidungsfreiheit von 16- und 17-jährigen sonst nicht ausweiten und fordern keine Absenkung der Volljährigkeit. Das Wahlrecht als zentrales Bürgerrecht wird aber durch die Bürgerpflicht der vollen Verantwortung für das eigene Handeln legitimiert, die mit der Volljährigkeit beginnt.



**Mehr Demokratie e. V.** ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung sowie Reformen des Wahlrechts in Deutschland und der EU einsetzt. Als weltweit größter Fachverband für direkte Demokratie begleitet er Reformprozesse der direkten Demokratie, erstellt Gesetzentwürfe, entwickelt Kampagnen und initiiert Volksbegehren.

## »DEMOKRATIE IST KEIN WARTERAUM«

Lehren aus der Corona-Krise für die Demokratie und die Chance, nicht nur zur Bundestagswahl ein Kreuz zu machen. Fragen an Ralf-Uwe Beck.

### Ihr Verein streitet für „Mehr Demokratie“ und damit auch für mehr Mitbestimmung von unten. Wie erleben Sie die Corona-Krise?

Mich hat schon im vergangenen Jahr erstaunt, wie solidarisch sich die Menschen verhalten haben. Damit meine ich nicht die unsäglichen Querdenker-Demonstrationen, sondern die Menschen in meiner unmittelbaren Umgebung. Ich habe beobachtet, dass sie nicht nur auf sich geschaut haben, sondern auch, ob sie andere gefährden. Das fand ich ermutigend. Das hängt aber vom Vertrauen in politische Entscheidungen ab. Wir haben endlich Politiker\*innen erlebt, die eingestanden haben, dass sie unsicher sind, dass manche Entscheidungen für sie eine Zumutung sind, sie aber keine andere Möglichkeit sehen. Diese Offenheit und Fehlerfreundlichkeit kosten kein Vertrauen, sondern stärken es.

### Und doch: die auch von Ihnen mehrfach angemahnte Mitbestimmung von unten ist leider oft ausgeblieben.

Wir hatten zwei zentrale Forderungen: erstens die Parlamente und zweitens die betroffenen Menschen stärker zu beteiligen. An der parlamentarischen Beteiligung hat es lange gekrankt. Nur die Parlamente dürfen wesentliche Grundrechtseinschränkungen vornehmen. Dennoch hat man sich erst sehr spät mit dem Zusammenspiel von Exekutive und Legislative beschäftigt. Dabei geht es schließlich um Grundrechtseinschränkungen, wie wir sie seit der DDR nicht mehr erlebt haben. Und

die zweite Kritik: Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Politik immer wieder daran erinnert werden muss, wie wichtig es ist, Bürger\*innen zu beteiligen. „Die Kompetenz der Betroffenen“ haben wir das in der DDR genannt. Kein Politiker ist gleichzeitig Kind, Verkäuferin, Zugschaffner. Von daher wäre es bei den vielen Entscheidungen, die schwer verständlich waren, besser gewesen, die Alltagskompetenz einzubeziehen.

### Was hat „Mehr Demokratie“ getan?

Wir haben einen Bürgerrat auf der Ebene des Kanzleramtes vorgeschlagen. Leider hat Kanzleramtschef Helge Braun nicht geantwortet. Da gab es auf Bundesebene

einen Komplettausfall. Auf Länderebene wurden – leider sehr spät – immerhin Bürgergeräte zur Corona-Krise installiert. Zuerst in Baden-Württemberg, schließlich auch in Thüringen und Sachsen.

### Was heißt das für die Demokratie von morgen?

Wir fordern, dass nach der Bundestagswahl im September eine Enquetekommission zur Corona-Krise eingesetzt wird – besetzt mit Abgeordneten und Experten aus der Zivilgesellschaft. Die Devise lautet: offen, ehrlich und konsequent auswerten. Das darf kein Pranger sein, es geht um Rückschlüsse für künftige Krisen.



Jubelndes Team: Mitarbeitertreffen von Mehr Demokratie e.V.



Ralf-Uwe Beck ist Bundesvorstandssprecher von „Mehr Demokratie“.

Hier vor einer Spirale aus 250.000 Unterschriftenbögen für ein Thüringer Volksbegehren in 2008.

### Wir haben Bundestagswahl. Volksabstimmungen bieten die Möglichkeit, nicht nur alle vier oder fünf Jahre ein Kreuz zu machen. Können sie Wahlen ersetzen?

Nein! Doch sie bieten uns die Möglichkeit, zwischen den Wahlen auf die Politik Einfluss zu nehmen. Die Demokratie ist ja kein Warteraum. Sie ist ein Marktplatz, auf dem man sich zusammensetzt, um sich über Probleme auszutauschen, um zu Lösungen zu kommen. Wählen und dann wieder warten bis zur nächsten Wahl – das reicht nicht. Den Bundestag wählen wir nur alle vier Jahre. Schon bei den Koalitionsverhandlungen sitzen wir wie das Karnickel vor der Schlange, haben auch keinen Einfluss mehr. Die direkte Demokratie ermöglicht dagegen, dass wir – notfalls – eine Sache selbst in die Hand nehmen. Das sorgt dafür, dass die Politik die Dinge von der langen Bank holt, mit uns redet und weniger über unsere Köpfe hinweg entscheidet. Das geht in allen Bundesländern, leider noch nicht auf Bundesebene.

### Wo hat direkte Demokratie zuletzt für solchen Einfluss gesorgt?

Beim Volksbegehren in Bayern zum Artensterben, was ja eine Überlebensfrage ist. Es gab dort noch nie ein Volksbegehren, das von so vielen Menschen unterschrieben wurde: 1,2 Millionen innerhalb von 14 Tagen. Daraufhin hat Ministerpräsident Söder alle Lobbybauernverbände beiseitetreten lassen und gesagt, jetzt gibt es einen Runden Tisch und die Politik übernimmt die Forderung dieses Volksbegehrens. Das hat

gezeigt: direkte Demokratie ist kein Angriff auf die Politik, sondern eine Chance.

### Welche Themen stehen ganz vorn?

Die ökologischen Themen nehmen zu. Wir können das beim Ausbau der Infrastruktur für Fahrräder nachweisen. Da gab es 2013 in ganz Deutschland ein einziges Begehren und 2020 waren es schon 21. Auch Initiativen zum Ausstieg aus der Kohle oder mit dem Ziel, die eigene Stadt 2035 klimaneutral zu machen. Wenn es endlich Volksentscheide auf Bundesebene gäbe, könnte man den Klimaschutz viel breitere Füße stellen.

### Dem haben die Bündnisgrünen jüngst aus Angst vor Populismus eine Absage erteilt. Kritische Stimmen befürchten, dass mit den Volksabstimmungen die Gefahr droht, religiöse Minderheiten zu unterdrücken. Wie das Minarettverbot oder die „Ausschaffungsinitiative“ in der Schweiz?

Die Bündnisgrünen haben hier fachlich Nachholbedarf. In Deutschland läuft das ganz anders. Hier sind Grund- und Minderheitenrechte für die direkte Demokratie tabu und können nicht angegriffen werden.

### Wie funktioniert das?

In der Schweiz kommt alles zur Abstimmung, was die Unterschriftenhürde genommen hat. Dort ist die direkte Demokratie zweistufig. Volksbegehren, Volksentscheid. Schluss. In Deutschland ist die direkte Demokratie dreistufig. Das heißt, vor

jedem Volksbegehren muss ein Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens gestellt werden. Regierung und Parlament können das Verfassungsgericht anrufen und um Prüfung bitten, ob das verfassungskonform ist. Die Abstimmungen über das Minarettverbot und die „Ausschaffung“ wären in Deutschland nicht zugelassen worden. Hier gibt es einen starken Riegel, der uns davor schützt, dass man die direkte Demokratie nutzen könnte, um Grund- und Minderheitenrechte auszuhebeln. Auch der Brexit war von Prime Minister Cameron als eine Befragung von oben angesetzt, um seine Macht zu erhalten. Auch so etwas gibt es in Deutschland nicht. Initiativen für direkte Demokratie müssen immer von Bürgerinnen und Bürgern ausgehen.

Interview Bettina Röder



# ÜBER EIN NEUES ZUHAUSE INMITTEN EINER BUNTEN GEMEINSCHAFT

## Wohngruppe Queerfeldein: Gemeinsam Wohnen und Leben gestalten

**SozDia eröffnet im Spätsommer 2021 in Berlin-Weißensee die stationäre Wohngruppe Queerfeldein und bietet damit jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren aus dem queeren Spektrum einen Ort, an dem sie willkommen sind und so sein können wie sie sind. Damit füllt ein weiteres SozDia-Angebot unseren Leitspruch „Hier bist du richtig – genau so, wie du bist!“ mit Leben.**

Unsere Wohngruppe Queerfeldein reagiert damit auf eine oftmals bestehende Problematik für junge Menschen aus dem queeren Spektrum, denn obwohl es in Deutschland – und gerade im bunten Berlin – kein Tabu mehr ist, lesbisch, schwul, bisexuell, trans\* oder queer (LSBT\*Q) zu sein, erleben viele Heranwachsende deswegen Diskriminierungen. Denn nicht der heterosexuellen Norm zu entsprechen oder sich nicht dem geburtsbedingten zugewiesenen Geschlecht zugehörig zu fühlen – also trans\*/queer zu sein – führt im Alltag vieler junger Menschen immer noch zu abweisenden bis teils feindseligen Reaktionen von außen oder sogar vom eigenen Familien- und Freundeskreis. So beschreiben viele Betroffene, dass ihr Alltag oftmals geprägt sei vom Umgang mit erlebter oder befürchteter Diskriminierung und von Ängsten vor einem Coming-out. Eine selbstbestimmte und offenere Lebensweise wird so stark eingeschränkt, was sich auch unmissverständlich auf die gesamte Lebenssituation auswirkt. Laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts gaben mehr als 80 Prozent der queeren Jugendlichen an, dass sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Zugehörigkeit bereits an verschiedenen Orten diskriminiert wurden. Am häufigsten machten sie diese Erfahrung in der Öffentlichkeit, aber auch im privaten Umfeld macht fast die Hälfte der jungen Menschen aus dem queeren Spektrum negative Erfahrungen.

Auch Orte wie etwa Schule, Ausbildung und Beruf stellen da keine Ausnahmen dar.

**„Queere Jugendliche haben einen erhöhten Bedarf an Aufklärung, Unterstützung und Beratung über Themen wie körperliche Entwicklung, Identitätsfindung, Perspektiven, Liebe und Partnerschaft.“**

Aus Angst vor möglicher Ablehnung vergehen meist mehrere Jahre bis hin zu einem äußeren Coming-out und die jungen Menschen versuchen zunächst ihr Empfinden zu unterdrücken und sich sozial zurückzuziehen. Dies kann mitunter einen hohen Leidensdruck erzeugen und bis hin zu einer psychischen Erkrankung führen. Dabei beginnt die Bewusstwerdung der sexuellen Orientierung der Heranwachsenden meist schon ab dem 13. Lebensjahr und eine Auseinandersetzung mit der geschlechtlichen Zugehörigkeit bereits oftmals schon vor dem 10. Lebensjahr. Junge

Menschen, die bemerken, dass sie womöglich eine nicht-heterosexuelle Orientierung oder eine nicht-cisgeschlechtliche Zugehörigkeit haben, haben in dieser besonderen Lebensphase eine doppelte Belastung. Denn in dieser Phase entsteht ein erhöhter Bedarf an Aufklärung, Unterstützung und Beratung über Themen wie körperliche Entwicklung, Identitätsfindung, Perspektiven, Liebe und Partnerschaft.

Der Anspruch unserer neuen Wohngruppe Queerfeldein ist es, junge Menschen in ihrer Gefühlsverwirrung nicht allein zu lassen, sie zu unterstützen und mit ihnen einen geschützten Rahmen (Safe Space) zu schaffen, gerade, wenn sie aufgrund ihrer persönlichen Situation nicht mehr zu Hause leben können oder wollen. Wir sind der Meinung, dass das Zusammenleben in einer Gruppe mit ähnlichen Erfahrungen eine vertrauensvolle Basis für die persönliche Entwicklung schafft und gegenseitige Unterstützung und Halt im Alltag ermög-



licht. So bietet Queerfeldein ein Zuhause, in dem sich jede\*r willkommen und geschützt fühlen kann und in dem sich die Bewohner\*innen ganz frei entfalten können. Damit steht Queerfeldein für ein demokratisches, vielfältiges und vor allem tolerantes Miteinander auf Augenhöhe ein. Dabei ist es uns wichtig, die persönlichen Geschichten und Hintergründe der jungen Menschen anzunehmen und gemeinsam individuelle Perspektiven zu entwickeln mit dem Ziel Lebenskompetenzen zu vermitteln, Selbstwirksamkeit und Selbstvertrauen zu stärken sowie die eigene Identitätsfindung zu unterstützen.

### „QueerfelDEIN Zuhause...mitten im bunten QuartierWIR“

Unsere Wohngruppe Queerfeldein befindet sich in Berlin-Weißensee in dem 2020 neu entstandenen „Quartier WIR“ in direkter Nähe zum Ortsteil Hohenschönhausen. Die jungen Bewohner\*innen von Queerfeldein leben hier in einer großzügigen Wohnung eines neuen Wohnhauses mit ökologischer Bauweise inmitten einer bunten Nachbarschaft, die den inklusiven Gedanken lebt. Als Teil der Wohnungsbaugenossenschaft BeGeno16 bietet das „Quartier WIR“ zahlreiche und aktive Begegnungsorte sowie ein großes Angebot an Freizeitaktivitäten, das jederzeit auch von unseren Bewohner\*innen genutzt werden kann. Zur freien Verfügung stehen so z.B. das Schwimmbad, die Werkstatt oder auch der Multifunktionsraum.

Als Teil einer lebendigen Nachbarschaft trägt auch unsere Wohngruppe Queerfeldein aktiv zur Gestaltung eines bunten Miteinanders bei.

### „Jede\*r Bewohner\*in hat einen eigenen Rückzugsort mit persönlichem Badezimmer“

Bei alledem ist uns besonders der achtsame Umgang mit der individuellen Privatsphäre der jungen Menschen wichtig. Hierzu zählt auch die spezielle Aufteilung der Wohnung mit jeweils separaten Badezimmern pro Bewohner\*in, die einen besonderen Rückzugsort ermöglichen. Wir verstehen, dass die Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper ein zentraler Aspekt der Entwicklung ist und wollen unsere Bewohner\*innen auch darin unterstützen. In unserer Rund-um-die-Uhr Intensivbetreuung begleitet ein vertrauensvolles und multiprofessionelles Team die Heranwachsenden bei allen alltäglichen Belangen und ist dabei besonders aufmerksam für individuelle Belange junger queerer Menschen. Zusammen schaffen wir so ein Zuhause, in dem sich jede\*r willkommen fühlt, eine freie Entfaltung unterstützt und buntes Leben gestaltet wird.

*Christina Saborosch-Stötzer*



Regenbogenfarben leben: In der neuen Wohngruppe Queerfeldein (rechts) ist ein vielfältiges Miteinander Alltag.



### WOHNGRUPPE QUEERFELDEIN

im Quartier WIR  
Brodembacher Weg 38 | 13088 Berlin  
queerfeldein@sozdia.de  
www.sozdia.de

### WAS WIR TUN:

- Jede\*r hat eine eigene Geschichte – wir nehmen sie an und entwickeln individuelle Perspektiven mit dem Ziel Lebenskompetenzen zu vermitteln und Selbstwirksamkeit zu stärken.
- Wir begleiten und unterstützen in einer Rund-um-die-Uhr Intensivbetreuung bei alltäglichen Belangen. Zusätzlich finden regelmäßige Beratungsangebote, gemeinsame Gruppenaktivitäten und therapeutische Module je nach Betreuungsbedarf statt.
- Die Wohngruppe ist Teil einer lebendigen Nachbarschaft und gemeinsam tragen wir aktiv zur Gestaltung eines bunten Miteinanders bei.
- Wir fördern und entwickeln aktiv das Selbstbewusstsein und das Selbstvertrauen junger Menschen und unterstützen damit eine individuelle Identitätsfindung.
- Elternarbeit: Wir beraten auf Wunsch auch Angehörige und erarbeiten gemeinsam neue Wege des Miteinanders.

### Ein Teil von Queerfeldein werden:

Wenn Du Dich in diesem Bericht wiedererkennst und auf der Suche nach einem geschützten Ort bist: Sprich uns einfach an! Zusammen finden wir einen Weg. Unsere Plätze werden über das Jugendamt im Rahmen einer Jugendhilfeleistung (SGB VIII) belegt. Wir unterstützen Dich gern dabei, mit Deinem Jugendamt Kontakt aufzunehmen.

### Wir sind für Dich da:

Ansprechperson: Torsten Siebert  
queerfeldein@sozdia.de  
www.sozdia.de

Die Unterbringung und unser Angebot erfolgt gemäß § 34 in Verbindung mit § 27 SGB VIII.

Minsk genau vor einem Jahr:  
Millionen Menschen auf der Straße und  
vor dem Parlamentsgebäude (unten).



# „ICH BIN SEITHER EIN ANDERER MENSCH“

**Der belarussische Dirigent und Musiker Vitali Alekseenok lebt in Deutschland. Der 30-Jährige nahm an den Protesten in Minsk teil. Das hat ihn verändert. Seinen Traum von einem freien Land hat er nicht aufgegeben.**

Es gibt Momente im Leben, die vergisst man nicht. Für Vitali Alekseenok gab es einen solchen Moment am 10. September im vergangenen Jahr. Wenn sich der junge Musiker daran erinnert, ist er bis heute sichtlich gerührt. Mit dem Flugzeug war er aus Minsk in Berlin angekommen. „Doch als ich auf dem Flughafen stand“, sagt er, „da war ich ein anderer Mensch.“ Aufmerksam schaut er mich aus seinen graublauen Augen an. „Mich vor August gibt es nicht mehr.“

Damit meint er die wochenlangen Demonstrationen in Minsk gegen den Wahlbetrug, die ihn so verändert haben. Der 30-Jährige, mehrfach ausgezeichnete Dirigent, der seine zweite Heimat in Deutschland fand, hatte es nicht mehr ausgehalten, wollte bei seinen Freunden in Belarus sein. Mitgenommen von dort hat er eine geheimnisvolle Kraft.

„Es schien, als seien mir Flügel gewachsen. Heute, wo die staatliche Gewalt uns auslöschen will, wir kaum noch Luft zum Atmen haben, ist mir das kostbarer denn je“, sagt er. Die Bilder der gewaltlos demonstrierenden Menschen gingen um die Welt. Jeder konnte sie sehen. „Aber da war noch viel mehr“, erinnert sich der blonde Mann. „Es war das, was uns alle verwandelt hat. Dieser Funke, der von einem zum anderen Menschen übersprang. Die Verbundenheit, die Liebe zum Nächsten.“ Er schüttelt den

Kopf. „Das mag pathetisch klingen, aber so war es: wir haben gegen die Gewalt des Staates mit Menschenliebe gekämpft.“ Diese Kraft, sagt er, erlebe er auch in der Kunst, beim Dirigieren. Doch so stark habe er sie noch nie gespürt.

Auch die Belarussen habe er plötzlich anders wahrgenommen: so kreativ, so kulturvoll, so offen gegenüber dem Fremden neben sich – egal ob Philosoph, Musiker oder Arbeiter. Alle waren gleich. Einmal habe er sich spontan mit einem Obdachlosen umarmt, der gerade aus dem Gefängnis kam. Vitali Alekseenok hatte ein selbstgeschriebenes Plakat dabei mit der Aufschrift:

„Wir haben keine Angst. Es hängt alles von jedem einzelnen ab. Dieser Gedanke ist grundlegend für ein demokratisches Leben. Auch in Deutschland wie überhaupt in Europa wird zu oft gedacht, die Regierung muss doch etwas machen.“

„Doch es hängt von jedem einzelnen ab“, wiederholt er mit Nachdruck. Dabei denke er auch an die mehr als 1000 Menschen, die in Belarus im Gefängnis sitzen, die mehr als 300 politischen Gefangenen, die auf ihren Prozess warten – unter ihnen der Blogger Roman Protassewitsch, der wie viele andere sichtbar gefoltert wurde. Mehr als 35000 Menschen waren für zwei,



drei Wochen im Gefängnis. Tausende sind ins Exil gegangen. Doch Vitali sagt, er habe Hoffnung trotz alledem: „Vor allem, weil wir durch die Demonstrationen andere Menschen geworden sind. In unseren Köpfen und Herzen gibt es kein Zurück.“

Nicht immer hat er so gedacht. Geboren wurde er 1991 in Wilejka, im Gründungsjahr von Belarus, der Unabhängigkeit von der Sowjetunion. „Ich bin so alt wie mein Land“, lacht er. Seine Eltern waren typische postsowjetische Menschen. Ihr Grundsatz war: Politik ist anderswo. Ich muss überleben.“ Dabei hatten sie es sehr schwer. Neben ihren Berufen als Zahnärztin und Mechaniker mussten sie in weiteren Jobs arbeiten, um zu überleben. Für Vitali und seine Geschwister hatten sie wenig Zeit. Die Sommer hat er darum bei seiner Großmutter verbracht, die er besonders liebte.

Er erinnert sich, dass er große Angst hatte, dass sie stirbt. Sie brachte ihm Lesen uns Schreiben bei, war Mathematik-Lehrerin. An Lukaschenko glaubte sie bis zuletzt, bis zu ihrem Tod vor vier Jahren.

Doch dann kam dieses Erlebnis. Als er 15 Jahre alt war, wurden auf dem Schulhof in seinem Heimatort Wilejka Flugblätter gegen Lukaschenko verteilt. Erstmals kam ihm der Gedanke, dass es ja auch Alternativen zu dem diktatorisch regierenden Staatsef gebe. Seine Nachdenklichkeit darüber wurde bestärkt, als er zum Musikstudium nach Minsk ging, dort Studenten mit einem kritischen Geist traf. Als er schließlich in Petersburg studierte, kann die Einladung aus Weimar nach Deutsch-

land, in das Land der klassischen Musik. Von dem er darum immer geträumt hatte. Er sagte zu.

Reisen als Gastdirigent, die ihn über Wien nach Barcelona führten, sind durch die Pandemie entfallen. Vitali Alekseenok ist inzwischen Chefdirigent des Universitätsorchesters in München. Bald will er nach Berlin ziehen. Hier hat er eine deutsch-belarussische Gemeinschaft gegründet, hier plant er mit Sascha Walz ein Tanzprojekt. Eine Brücke in seine Heimat, die er im Februar zuletzt besuchte, möchte er sein. Und irgendwann nach Belarus zurückkehren. An ein freies Land glaubt er fest. „Denn wir sind andere Menschen geworden. Das ist ein Kraft, die nie versiegt.“

Bettina Röder

Zum Weiterlesen:  
Vitali Alekseenok  
*Die weißen Tage von Minsk.*  
*Unser Traum von einem freien Belarus.*  
S. Fischer Verlag



# DIE UNGEHÖRTEN

An der Bundestagswahl 2017 haben 0,3% mehr Männer als Frauen teilgenommen und überdurchschnittlich viele Wahlteilnehmenden waren zwischen 40 und 69 Jahre alt. Am seltensten gingen Menschen zwischen 21 bis 24 Jahre und Menschen ohne Einkommen wählen.

Diese Erkenntnisse sind alarmierend. Eine Demokratie lebt von Vielfalt, denn nur dann ist gewährleistet, dass stabile Lösungen für die ganze Gesellschaft gefunden werden und nicht nur für Einzelne. Wohnungslose Menschen, die keine Meldeadresse haben können an vielen Wahlen wie z.B. der Bundestagswahl teilnehmen, indem sie sich bei ihrem zuständigen Wahlamt in das Wahlregister eintragen lassen.

Paul Neupert, Fachreferent bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) weist darauf hin, dass diese Hürde auf den ersten Blick nicht hoch zu sein scheine, dass aber gerade Menschen, die auf der Straße leben, häufig viel vorrangigere Probleme haben wie etwa: Wo kann ich schlafen und wie schütze ich mich vor Gewalt?, die den Gang zur Wahlurne



Gabenzaun vom Jugendklub TUBE: Zivile Hilfe ist oft erforderlich, wenn formale Hürden zu groß sind.

erschweren. Es gibt aber auch Wahlen, von denen Menschen ohne amtlichen Wohnsitz grundsätzlich ausgeschlossen werden. Paul Neupert erklärt uns:

„In einigen Bundesländern (Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen) sind Menschen ohne amtlichen Wohnsitz ganz grundsätzlich von den Kommunalwahlen ausgeschlossen. Der entsprechende überall sonst in Wahlgesetzen festgeschriebene Passus, der dies erlauben würde, fehlt schlichtweg in den jeweiligen Wahlordnungen. Dies ist in meinen Augen zutiefst ungerecht und nicht zu rechtfertigen.

Damit werden wohnungslose Bürger\*innen ganz systematisch und fundamental in ihrem Grundrecht der demokratischen Partizipation beschnitten. Und die Regelungen der anderen Länder zeigen, dass es ja durchaus möglich wäre. Es ist also politisch gewollt.

Dazu muss man wissen, dass viele für wohnungslose Menschen sehr wichtige Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden. Zu diesen Fragen können wohnungslose Menschen in diesen Bundesländern im Sinne einer repräsentativen Demokratie nicht Stellung beziehen. Das muss sich ändern!“

## Was wir tun können, um obdach- und wohnungslose Menschen zu ermutigen, ihre Stimme zu nutzen:

- + Einrichtungen und Dienste der Hilfen in Wohnungsnotfällen können verstärkt auf die Termine, Fristen und Formalien hinweisen und auf Wunsch bei der Wahlregistrierung helfen, auch Sammelanträge bieten sich in manchen Fällen an.
- + Aushänge und Flyer erstellen und in Ämtern bereitlegen, die Wohnungslose häufig aufsuchen. Neben einer persönlichen Ansprache helfen im Wahlamt selbst klare Informationen und Ausschielderungen, Formularvordrucke und Hinweise auch in einfacher Sprache weiter sowie problem-sensibilisierte Mitarbeitende.
- + Genau hinsehen und auf Schräglagen aufmerksam machen, sodass betroffene Bundesländer ihre ausgrenzenden Regelungen im Kommunalwahlrecht ändern.

Hilfsangebote im Bereich der Wohnungsnotfallhilfe unter [www.sozdia.de/wohnungsnotfallhilfe](http://www.sozdia.de/wohnungsnotfallhilfe).  
Neu auch: Ambulante Jugendhilfe für Careleaver und Junge Volljährige unter [www.sozdia.de/careleaver](http://www.sozdia.de/careleaver).